

DIE WELTWOCHEN

Pflicht der Politiker

So wenig die Sorgfaltspflicht bei den Banken den Drogenhandel eingedämmt hat, so wenig würde ein Verbot der Panama-Gesellschaften Kriminalität oder Korruption vermindern.

Kurt Schiltknecht

Der Stellenwert, den die Medien den Panama-Papieren einräumen, könnte den Anschein erwecken, als ob mit deren Veröffentlichung wichtige Wirtschaftsprobleme einer Lösung näher gerückt seien. Doch ausser den Namen einiger prominenter oder korrupter Politiker, Krimineller und Steuerhinterzieher ist nicht viel Neues bekanntgeworden. Dass neben der Wirtschaft auch das organisierte Verbrechen, korrupte Beamte, Politiker und Steuerhinterzieher Panama-Gesellschaften nutzen, weiss man seit Jahren. Es ist naiv, zu glauben, dass mit einem Verbot von Panama-Gesellschaften wichtige Probleme gelöst werden könnten. So wenig die Einführung der Sorgfaltspflicht bei den Banken den Drogenhandel oder die Mafia eingedämmt hat, so wenig würde ein Verbot der Panama-Gesellschaften Kriminalität oder Korruption vermindern. Zu gross sind die Ausweichmöglichkeiten.

Die Veröffentlichung der Panama-Papiere ist Wasser auf die Mühlen der OECD und anderer internationaler Organisationen, die ihr Ziel in einer weltweiten Harmonisierung der Steuersysteme und einer vollständigen Transparenz aller Finanztransaktionen sehen. Beides wäre schädlich. Die Ausschaltung des Steuerwettbewerbs würde nur zu höheren Steuern und damit zu einem noch geringeren Wirtschaftswachstum führen. Auch eine zu weit gehende Einschränkung der Privatsphäre schadet.

Die Panama-Papiere haben den Politikern auch Munition gegeben, um von den fundamentalen Problemen der öffentlichen Schulden und des Ausuferns der öffentlichen Hand abzulenken. Statt undifferenziert über Panama-Gesellschaften herzuziehen, sollte über die Ursachen der Korruption oder Steuerhinterziehung nachgedacht werden. Zu einem nicht unbeträchtlichen Teil ist die Korruption die Folge davon, dass zu viele Transaktionen in der Wirtschaft dem Wettbewerb entzogen sind und es immer mehr marktdominierende Unternehmen und öffentliche Institutionen gibt. Ein fehlender oder ungenügender Wettbewerb ist eine Einladung

zu Korruption und Betrug. So hätte es beispielsweise ohne marktdominierende Banken keine Manipulation der Libor-Sätze gegeben. Auch die vielen kleinen und grösseren Betrügereien in Märkten, in denen Beamte nicht eindeutig geregelte Bewilligungen erteilen können oder in denen die Zuteilung von Gütern und Wohnungen nicht über den Preis erfolgt, rufen nach marktwirtschaftlichen Lösungen bei der Korruptionsbekämpfung.

Sparen ist wichtig

Auch die Komplexität der Steuergesetze, die steuerliche Behandlung von grenzüberschreitenden Transaktionen, eine hohe Progression sowie die Besteuerung der Vermögen und deren Erträge schaffen einen fruchtbaren Boden für die Verwendung von Offshore-Gesellschaften. Wenn dann die Notenbanken mit ihrer Null- oder Negativzinspolitik noch dazu beitragen, dass die Vermögenssteuern die Vermögen nicht nur mindern, sondern sie sogar schrumpfen lassen, werden sich künftig noch viel mehr Leute Gedanken darüber machen, wie sie ihr Ersparnes vor dem Fiskus in Sicherheit bringen können.

Eigentlich ist nicht einzusehen, weshalb Ersparnisse, die bereits als Einkommen besteuert worden sind, noch weitere Male besteuert werden sollen. Dennoch fordern immer mehr Politiker unter dem Schlagwort einer gerechteren Verteilung der Vermögen, diese und deren Erträge stärker als bisher zur Einnahmenbeschaffung heranzuziehen. Das wäre allerdings ein Rohrkrepierer. In einer Zeit, in der die Politiker der Bevölkerung vorgaukeln, dass der Staat für alle Eventualitäten im Leben aufkommen werde und deshalb Sparen überflüssig sei, kann die Vermögensverteilung gar nicht besser werden. Wenn immer weniger Leute sparen, müssen die für ein nachhaltiges Wachstum notwendigen Ersparnisse vom restlichen Teil der Bevölkerung aufgebracht werden, und dessen Vermögensanteil steigt zwangsläufig. Ohne Ersparnisse kann eine Wirtschaft nicht wachsen und vom technologischen Fortschritt profitieren. Deshalb sollten die Ersparnisse, die Vermögensbildung gefördert und nicht durch Steuern behindert werden.

Solange dies die Politiker nicht begreifen und zudem einen Grossteil der verfügbaren Ersparnisse zur Finanzierung der Staatsausgaben verwenden, wird die Geldschwemme der Notenbanken keine langanhaltende Wirkung zeigen. Statt über Panama-Gesellschaften und deren negative Begleiterscheinungen zu lamentieren, sollten die Politiker ihrer wichtigsten Pflicht nachkommen und die Staatshaushalte durch drastische Sparmassnahmen sanieren. Daran führt kein Weg vorbei.